

Wieder streiten lernen

Der Versuch, die Abstimmung vom 9. Februar irgendwie zu verarbeiten, hat sich versachlicht. Aber am Ende wird es wie immer heissen, der Bundesrat habe schlecht verhandelt, und schon jetzt wird mit einer «Durchsetzungsinitiative» gedroht. Eine Auslegeordnung.

Martin Naef

Zum Bundesrat und anderen Pragmatikern: Die Initiative hat neben dem polemischen Titel auch einen Inhalt. Und sie hat die Spezialität, dass zu ihrer Umsetzung entweder einseitig die bilateralen Verträge gekündigt werden müssten oder aber, dass es nur schon für Verhandlungen zwei (die EU und wir), eher aber 29 (die EU-Staaten und wir) braucht. Soviel zur «Augenhöhe». Diese EU der 28 Staaten ist eine völlig andere EU als die lieben Nachbarn, mit denen wir vor zwanzig Jahren verhandelt haben. Die Nachbarn, die damals meinten, die Schweiz käme ja dann bald auch dazu. Spätestens mit der Osterweiterung sind Länder dazu gestossen, die für den Beitritt eigentliche Rosskuren hinter sich bringen mussten oder auch heute noch müssen. Und die nicht mit uns Musikantenstadl schauen und dieselbe Sprache sprechen.

Arrogantes Demokratieverständnis

Auch in den westlichen Staaten braucht es sehr viel Verständnis, weshalb angesichts einer Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa von teilweise über 50 Prozent die Schweizer ein Problem haben. Die Bereitschaft, der Schweiz hier in einem Kern der europäischen Integration und des europäischen Selbstverständnisses eine Sonderlösung zu gewähren, dürfte bei Null liegen. Der Bundesrat muss zweifellos das Gespräch mit der EU suchen. Es bleibt aber ein arrogantes Demokratieverständnis, wenn der Schweizer Souverän oder sein politisches Personal meinen, sie könnten nicht nur die Geschichte der Eidgenossenschaft bestimmen, sondern gleich ganz Europa von uns optimierte Verträge aufzwingen. Ähnlich arrogant ist es bei aller Liebe zum schweizerischen System, wenn wir immer dergleichen tun, wir seien die einzige Demokratie der Welt – das meinen sonst nur noch die Griechen (die habens erfunden). Die Tatsache, dass unsere Nachbarn parlamentarische Systeme haben, hat viel mit dunkler europäischer Geschichte und ihr Funktionieren mit dem Erfolg der europäischen Integration zu tun.

Grundsatz der Nichtdiskriminierung

Abgesehen von den Verhandlungspartnern wird der Bundesrat aber vor allem ein Problem mit dem Initiativtext haben. Wenn man die Personenfreizügigkeit und damit die Bilateralen weiter will, ist eine Umsetzung nicht möglich. Die eigenständige Steuerung mit Kontingenten und Höchstzahlen widerspricht dem Prinzip fundamental. Die Bevorzugung von Schweizerinnen und Schweizern bei der Stellenbesetzung steht völlig offensichtlich im Gegensatz zum Grundsatz der Nichtdiskriminierung. Gleichzeitig käme man textreu auch noch in Konflikt mit den Menschenrechten (beim Familiennachzug) und zur Abschaffung des Asylgesetzes. Hier müsste vom Prinzip, dass Schutz in unserem Land bekommt, wer in seiner Heimat verfolgt oder bedroht wird, abgewichen werden. Es müsste quasi nach Befriedigung der Bedürfnisse der Wirtschaft geschaut werden, ob es noch Platz für ein paar Kontingentsflüchtlinge hat. Wie soll man so etwas umsetzen unter Beibehaltung der Bilateralen Verträge, der völkerrechtlichen Verpflichtungen und so, dass es wenigstens für die Ja-Stimmenden halbwegs so etwas wie einen Sinn ergäbe?

Die Initiative setzt aber noch einen drauf: Sollte die Ausführungsgesetzgebung bis in drei Jahren noch nicht in Kraft sein, so soll der Bundesrat die Verfassungsbestimmung auf dem Verordnungsweg direkt umsetzen. Eben: Wir warten gespannt auf den Bundesrat. Es ist ja nicht das erste Mal, dass schwammige oder völkerrechtswidrige Initiativen mit der Begründung dem Volk vorgelegt wurden, das Volk müsse entscheiden können, schliesslich habe es ja gesammelt. Zwei Dinge sind hier anders: Erstens fand die Initiative eine Mehrheit und zweitens ist unser Verhältnis zu Europa lebenswichtig. Es reicht also nicht einfach, dem Bundesrat, dem Parlament, natürlich Brüssel, den Deutschen und den Medien die Schuld zuzuweisen, wenn es nicht geht. Wenigstens merkt man einmal, dass die selbsternannten 'einzigen' Demokraten hier ein gefährliches Spiel mit der Demokratie spielen.

Auch für uns Linke ist der 9. Februar eine Zäsur. In der Idee, die Annäherung an Europa durch immer neue bilaterale Verträge zu fördern, haben wir uns dafür stark gemacht. Obwohl freie Märkte, Polizei und Flüchtlingsrück Schub jetzt auch nicht gerade die ersten linken Sympathieträger sind. Wir haben aber

die Bilateralen auch genutzt zu innenpolitischen Reformen am Arbeitsmarkt. Dieses Geben und Nehmen ist jetzt nicht mehr aufgegangen, als Europa vor allem als scheiternder Finanzausgleich wahrgenommen wurde, sich der Einwanderungsstress in den Köpfen verdichtete und die ganze bürgerliche Mitte mitsamt Wirtschaft beschämt wegschaute. Wer will heute noch etwas mit Europa zu tun haben? «Wer heute noch der EU beitreten will, hat nicht alle Tassen im Schrank», sagte der damalige Bundespräsident Maurer öffentlich. Das scheint eingefahren zu sein. So wie jeder in der Mitte sich unablässig von einem Beitritt distanzieren muss und ich blankes Entsetzen nicht nur für die Tatsache ernte, dass ich für einen Beitritt bin, sondern vor allem, dass ich das auch noch öffentlich zugebe.

Linke und europäische Perspektiven

Wir Linke müssen nach der Zäsur wieder mehr über Europa reden. In einem europäischen Selbstverständnis eines europäischen Landes. Als Internationalisten können wir die Diskussion nicht auf die flankierenden Massnahmen beschränken. Massnahmen gegen Lohndumping, Wuchermieten oder Zersiedelung sind auch ohne Koppelung an die Europapolitik linke Kernanliegen. Die andere erfolgreich von der Rechten erreichte Abhängigkeit war das Abholen der Wachstums- und Globalisierungskritik über die Zuwanderung. Hier müssen wir linke Perspektiven aufzeigen können, statt dauernd zu repetieren, man müsse die Ängste ernst nehmen. Das ist eine Sackgasse. Wir müssen eine europäische Perspektive aufzeigen. Klar machen, dass die EU nicht zwingend so aufgestellt sein muss, wie sie es zurzeit ist. Dass es hier Platz für ein sozialeres, demokratischeres und gerechteres Europa hätte. Nicht nur ein Europa der entfesselten Märkte, der Banken und der Austerität. Schon gar nicht eine Festung Europa. Das ist wie auch die Schweiz politisch gewollt und darum veränderbar. Eine erste Gelegenheit dazu bieten die Europawahlen. Dort können wir nicht mitbestimmen, aber unsere 1,7 Millionen Landsleute mit EU-Pass dazu ermuntern. Wir sind mitverantwortlich für Europa. Das wäre doch eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Nutzen wir darum den 9. Februar, um in Zukunft laut zu sagen, was wir wollen. Oder streiten wir wenigstens wieder um Europa und die Schweiz, statt uns durchzuwursteln.